

---

## Wahlprüfsteine für die Kommunalwahl am 14.03.2021

Trebur, 14.02.2021

---

### Vorwort

Die hier vom „BUND Kreisverband Groß Gerau“ vorgelegten Wahlprüfsteine sollen den im Kreistag vertretenen Parteien Gelegenheit geben, zu den nach unserer Sicht auf Kreisebene wichtigsten Themen des Klimaschutzes Stellung zu beziehen. Diese Wahlprüfsteine erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Wir bitten Sie, uns Ihre Antworten bis 06.03.2021 beantwortet per Mail an [mail@bund-kv-gg.de](mailto:mail@bund-kv-gg.de) zurückzusenden. Wir werden die Antworten aller Parteien auswerten und in Form einer Pressemitteilung objektiv über die Ergebnisse berichten.

Wir haben zu drei Themengebieten insgesamt 9 Fragen formuliert und darauf geachtet, dass die Fragen mit kurzen Antworten beantwortet werden können. Bitte geben Sie uns **nur in Ausnahmefällen** Hinweise auf Parteiprogramme und die entsprechenden Positionen darin.

### Einleitung zum Fragenkatalog

Die vergangenen heißen Sommer haben dazu beigetragen, dass die Menschen spüren, dass es den Klimawandel tatsächlich gibt und er bereits jetzt Auswirkungen auf unser tägliches Leben hat. Vielfältige globale, aber auch kommunale Maßnahmen sind erforderlich, um die Erwärmung zu stoppen.

Gemäß dem **Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025** der Hessischen Landesregierung sowie dem **regional erarbeiteten Klimaschutzplan** spielen zur Umsetzung von Maßnahmen neben der Wirtschaft auch die Kommunen eine ganz besondere Rolle. Sie als Kommunalpolitiker müssen entscheiden, wie und wo sie Klimaschutzmaßnahmen in unserem Kreis am schnellsten und effektivsten umsetzen können.

Ebenfalls aufgenommen haben wir die vielerorts zunehmende „**Lichtverschmutzung**“ durch überflüssige oder ungeeignete städtische Beleuchtungen. Dies beeinträchtigt insbesondere unsere Insekten, was in der Nahrungskette großen Einfluss auf andere Tiere wie Vögel, Fledermäuse, und das Artensterben generell in unseren Städten hat.

Zu diesen Themen haben wir den nachfolgenden Fragenkatalog entworfen.

Wir danken Ihnen im Voraus herzlich für Ihre Bemühungen.

**Andreas Swirschuk, Herbert Debus für den Kreisvorstand des BUND**

---

## 1. Klimaschutz

1.1. Welche konkreten Klimaschutz-Maßnahmen planen Sie in der nächsten Wahlperiode in den Bereichen

- a) Regionalplanung, Bauleitplanung,
- b) Energieeinsparung,
- c) Verkehr,
- d) Waldbewirtschaftung?

a. DIE LINKE legt Wert auf eine ökologische Regionalplanung. Wir haben dafür gesorgt, dass in Stellungnahmen des Kreises zu dem Landes- und Regionalentwicklungsplan, zu konkreten Bauvorhaben immer die Kriterien der Verträglichkeit für Mensch und Tier, der Natur- und der Klimaschutz in den Mittelpunkt gestellt werden.

b. DIE LINKE. Offene Liste hat bereits in der Oppositionsrolle die Initiativen des Kreis Groß-Gerau für Maßnahmen zur Einleitung einer Energiewende unterstützt. Bauten werden nur im Passivhausstil errichtet, Gebäudesanierungen so energiesparend wie möglich gestaltet, Photovoltaikanlagen auf Kreisgebäuden seit mehr als zwanzig Jahren installiert. Das ist aber noch nicht ausreichend. Es ist notwendig stärker erneuerbare Energien zu nutzen, mehr Energie einzusparen und mehr Initiativen zu ergreifen, so dass Private und Gewerbe sich stärker bei der Gestaltung der Energiewende engagieren.

c. Der öffentliche Nahverkehr muss dringend weiter ausgebaut werden, wir brauchen bessere Taktung, mehr Kapazitäten im Schienenverkehr, auch für Transporte, und die Möglichkeit für alle Menschen, diese Verkehrsmittel zu nutzen. Er muss barrierefrei und perspektivisch kostenlos sein. Eine Umlagefinanzierung von Unternehmen und Supermärkten, aber auch allen Bürger\*innen mit entsprechendem Einkommen soll eine neue Finanzierungsgrundlage bieten.

d. Beim Kreis ist die Untere Wasserbehörde angesiedelt, die als Aufsichts- und Vollzugsbehörde für die Umsetzung des Forstrechts zuständig ist. Ihr obliegt die Prüfung bei Neuanlage und Rodung des Waldes. Dabei arbeitet sie allerdings auf Basis von Landesrecht, der Kreistag hat auf diese Tätigkeit keinen Einfluss. Der Kreis hat selbst auch keine Waldflächen. Wir werden aber auf eine nachhaltige und ökologische Waldbewirtschaftung drängen, dazu gehört auch das Teile als Naturwald ausgewiesen werden. Bannwald darf nie abgeholzt werden!

1.2. Die Energieeinsparung durch die Umrüstung der öffentlichen Beleuchtung ist im kommunalen Bereich von besonderer Bedeutung. Unterstützen Sie den BUND mit seiner Forderung, bei der Umrüstung der Beleuchtungsanlagen auf naturverträgliche Beleuchtung und den Insektenschutz zu achten, z.B. bei der Lichtfarbe und Farbtemperatur?

Dieses Anliegen unterstützen wir, allerdings ist dies Aufgabe der Kommunen. Wir werden mit unsere Kommunalvertreter\*innen vor Ort entsprechende Initiativen unterstützen oder selber initiieren.

---

1.3. Sind Sie bereit, die Ausweisung von neuen Bau- und Gewerbegebieten nur mit entsprechenden Vorgaben auszuweisen wie:

- a) Wärmedämmung,
- b) Nutzung erneuerbarer Energien, Nutzung von Blockheizkraftwerken,
- c) Bepflanzung des Grundstücks, des Mauerwerks und der Dächer,
- d) Entsiegelung bzw. wenig Versiegelung im Umfeld des neuen Baugebietes?
- e) Insektenfreundliche Beleuchtung

Der Kreis hat keine Bau- und Gewerbegebiete. Wir drängen aber darauf, dass die genannten Bedingungen bei der Abgabe von Stellungnahmen und der Genehmigung von Anlagen einsetzen.

1.4. Unterstützen Sie die Forderung des BUND, die Freisetzung von CO<sub>2</sub> im Kreisgebiet langfristig zu verhindern, bzw. die Bindung von CO<sub>2</sub> zu forcieren, z.B. durch

- a) den dauerhaften Erhalt von Wäldern, intakten Moorböden und Dauergrünlandflächen
- b) das Aufforsten mit standort-heimischen Gehölzen oder
- c) das Anlegen von neuen Grünflächen

Wir haben uns in den vergangenen Jahren stark engagiert, damit kein Wald für die Erweiterung des Flughafens oder für den Kiesabbau gefällt werden darf. Wir unterstützen auch Aktionen zivilen Ungehorsams (aktuell gegen A49).

DIE LINKE. Offene Liste hat mit dazu beigetragen, dass ein Landschaftspflegeverband gegründet wird, um die Kommunen bei der naturnahen Bewirtschaftung zu unterstützen und beispielsweise Streuobstwiesen zu erhalten.

1.5. Unterstützen Sie die Forderung des BUND, einen Klimabeirat einzuberufen, der bei allen wichtigen Entscheidungen im Vorhinein die Auswirkungen auf Klima und Natur prüft?

Der Kreis hat auf unsere Initiative hin den Klimanotstand ausgerufen, eine erste Maßnahme seitdem ist die Einführung eines Klimachecks, der bei allen Entscheidungen erfolgen soll, die klimarelevant sind. Wir sehen die Notwendigkeit, Verbände und Initiativen viel stärker in die Kreispolitik einzubeziehen. Hierzu sollte man Möglichkeiten wie Beteiligung an Ausschusssitzungen, Anhörungsverfahren oder ähnliches prüfen. Ein Klimabeirat müsste auf seine Wirksamkeit überprüft werden, da es leider bereits Beiräte und Kommissionen gibt, die wenig tatsächlichen Einfluss auf die Politik haben. Deshalb sind wir skeptisch. Wir überlegen gerne mit Ihnen, in welcher Form verhindert werden kann, dass dies eine Alibi-Veranstaltung wird.

---

## **2. Luft- und Lärmbelastung durch Industrie, Auto- und Flugverkehr**

2.1. Um die CO<sub>2</sub>- und die Schadstoffbelastungen wie z.B. NO<sub>2</sub> in unserem Kreis deutlich zu senken, brauchen wir eine Verkehrswende. Welche Maßnahmen und Konzepte verfolgt Ihre Partei, um diese zu erreichen?

Die Stärkung des ÖPNV liegt uns besonders am Herzen, dieser soll für alle Mobilität ermöglichen und das Umsteigen vom Auto auf einen multimodalen Verkehr beschleunigen.

---

Wir streben einen gut getakteten, gut ausgebauten, barrierefreien und kostenlosen Nahverkehr an. Mit einer Umlagefinanzierung, die von Unternehmen, Supermärkten, aber auch Bürger\*innen mit entsprechenden Einkommen geleistet wird, gäbe es mehr und gesicherte finanzielle Spielräume als durch die Fahrkarteneinnahmen.

Der Flugverkehr soll zurückgedrängt und die Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr gedeckelt werden. Es darf kein weiterer Ausbau des Flughafens möglich sein. Das Nachtflugverbot muss zwischen 22 und 6 Uhr gelten, laute Maschinen dürfen nicht mehr den Flughafen anfliegen und die Entgelte müssen stärker gestaffelt werden. Die Feinstoffbelastung muss endlich ernsthaft gemessen und eingedämmt werden. Auch hier hilft nur: weniger Fliegen. Kurzstreckenflüge bis 600 km sollten nicht mehr stattfinden, bis 1000 km verteuert werden. Fliegen muss kurzfristig durch Kerosinbesteuerung und Umsatzsteuer auf Auslandtickets und langfristig durch die Einbeziehung der Umwelt- und Folgekosten einen realen Preis erhalten. Die Subventionen, die der Flugverkehr zurzeit direkt oder indirekt erhält, müssen gestrichen werden.

Der Fuß- und Radverkehr muss gestärkt werden. Es muss mehr Möglichkeiten zum Umstieg auf das jeweils andere Verkehrsmittel geben. Die Kommunen benötigen Unterstützung bei einer wohnortnahen Versorgung und dürfen nicht weiter Supermärkte auf der grünen Wiese ausweisen.

Ein großes Problem sind die Warentransporte und die vielen Logistikzentren im Kreis. Hier ist dringend ein Moratorium erforderlich, so dass keine weiteren gebaut werden. Das Umsteuern muss allerdings auch auf übergeordneter Stelle erfolgen. Transporte sind viel zu kostengünstig. Solange es billiger ist LKW auf den Parkplätzen stehen zu lassen als vor Ort und regional zu produzieren und konsumieren, werden wir keine grundlegenden Veränderungen durchsetzen können. Dies ist besonders brutal, weil in den LKW immer auch Menschen arbeiten, die teilweise ihr Leben dort verbringen müssen.

---

2.2. Welche Bedeutung messen Sie dem Ausbau/Verbesserung des ÖPNV hierbei zu und welche Maßnahmen (z.B. kostenfreie Nutzung oder 365 € Ticket pro Jahr, Einrichtung von Umweltpuren nur für Busse und Fahrrad) würden Sie konkret unterstützen?

Wir wollen den umlagefinanzierten Nulltarif. In der Koalition haben wir für einen Einstieg gestritten. Ab August wird es ein Ticket für SGB-II-Empfänger\*innen geben, das je nach Zone zwischen 10 und 35 Euro im Monat kosten wird. Diese Gruppe ist besonders von der Mobilität und Teilhabe ausgeschlossen. Wir wollen, dass dies auf weitere Personen mit niedrigen Einkommen ausgeweitet wird, aber auch das Problem der Schüler\*innen, die unterschiedlich viel Geld für ihr Ticket zahlen müssen, sollte angegangen werden. Wir können uns auch Modelle, wie in Marburg, vorstellen, bei denen der ÖPNV am Wochenende kostenlos ist, um Menschen zum Umsteigen zu bewegen.

Fahrradstraßen unterstützen wir auf jeden Fall. Zu Umweltpuren für Busse haben wir im Kreis bisher noch keine Diskussion entwickelt.

---

2.3. Welche Bedeutung hat für Sie hierbei auch der Ausbau des Radverkehrs in Ihrem Kreis. Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie hierfür vor? Wie viele Kilometer Radwege sollen jedes Jahr zusätzlich gebaut werden?

Alle Radwege sollen entsprechend des Radwegeplans ausgebaut und Lücken geschlossen werden. Konkrete Ziele möchten wir mit den Verbänden und Interessengruppen entwickeln und dort, wo Bedarfe festgestellt werden, zeitnah darauf drängen, dass Neubau, Sanierung und Instandhaltung erfolgen.

---

### **3. Lärmschutz**

Welche Maßnahmen unternehmen sie um den Lärm aus der Luft, sprich Flughafen, wirksam zu reduzieren?

Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr, Lärmentgelte für laute Maschinen bzw. das Verbot von Flugzeugen, die einen gewissen Lärmpegel überschreiten. Reduzierung der Flugbewegungen und Rückbau des Flughafens. Transformation der Arbeitsplätze in zukunftsträchtige Branchen.

---

3.1. Unterstützen Sie die Einrichtung und den Ausbau von autofreien Zonen zur Lärmreduzierung?

Wir möchten mehr Fahrradstraßen und so den Umstieg vom Auto zu anderen Verkehrsmitteln erleichtern. Wir regen an neben der Aktion 'Der Kreis rollt' autofreie Sonntage im Kreis Groß-Gerau einzuführen.

Antworten der LINKEN. Offenen Liste im Kreistag Groß-Gerau